

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkassentaxi
Dresden 1590.
Girokonto:
Riesa Nr. 22.

Nr. 225.

Sonnabend, 26. September 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintreffens von Produktionssteuern, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisveränderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Auch Frankreich wird endlich nervös!

Die Bank von Frankreich befürchtet Millionen-Verluste durch die Pfund-Krise.
Keine Inflations-Absichten der deutschen Reichsregierung.
Die Völkerbundsberatungen über den japanisch-chinesischen Konflikt abgebrochen.

Krisenzeichen in Frankreich Schwierigkeiten einer großen Pariser Bank

Paris, 26. September.

Wie die Havas-Agentur berichtet, hatte Finanzminister Flandin gestern nachmittag eine lange Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, dem Leiter der Finanzabteilung der Bank von Frankreich und den Direktoren der großen Pariser Kreditinstitute. Bei dieser Gelegenheit wurden die Lage der französischen Börse und namentlich die Schwierigkeiten einer großen Pariser Bank eingehend geprüft. Die Verhandlungen dehnten sich bis in die Nacht hinein aus.

Wie verlautet, handelt es sich bei dem nicht genannten Bankunternehmen um die Banque Nationale de Crédit, deren Vorsitzender dieser Tage seinen Posten niedergelegt hatte. Eine Notierung der Aktie dieser Bank konnte gestern nachmittag nicht zustandekommen.

Paris. Die gestrige Besprechung des Finanzministers Flandin mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich und anderen führenden Persönlichkeiten der Pariser Finanzwelt galt, wie berichtet, der schwierigen Lage der Banque Nationale de Crédit.

Gumantis behauptet, daß die Bank sehr große Verluste bei gewissen Finanzgeschäften und auch infolge des Zusammenbruchs gewisser ausländischer Banken erlitten habe. Es soll sich um 100 Millionen handeln. Ein Verwaltungsrat sei schnelligst eingesetzt und vom Ministerrat bestätigt worden. Die Kreditkonditionen soll es angehtlich übernommen haben, die Banque Nationale de Crédit zu sanieren.

Die Pfundkrise und die Reichsmark.

Keine Inflationsabsichten der Reichsregierung.

Berlin. (Funkpruch.) Zu der Bemerkung des Reichskanzlers in seiner gestrigen Rede bei dem Empfang zu Ehren Geheimrat Dulsberg, die Regierung verfolge die Krise des englischen Pfundes aufmerksam und beabsichtige, entsprechende Schritte zu tun, wird von maßgebender Seite noch einmal mit aller Entschiedenheit betont, daß die Reichsregierung nicht an eine Inflation denke. Die Ankündigung des Reichskanzlers bezieht sich auf nur etwa notwendig werdende wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Japan lehnt Genfer Eingreifen ab

In der Ratsitzung gab der japanische Delegierte Yoshida eine Erklärung ab, die mit dem Hinweis auf die japanische Bereitschaft zu direkten Verhandlungen mit China in der Ablehnung jeder Völkerbundsintervention gipfelte. Die wesentlichste Aufgabe des Völkerbundes bestehe in der Herbeiführung einer friedlichen Regelung des Konfliktes. Die Methode könne nach den Umständen wechseln, aber stets müsse in erster Linie der Wille der Parteien geachtet werden. Im vorliegenden Fall würde der Rat weise handeln, wenn er ein verfrühtes Eingreifen vermeide, das die schon auf dem Weg der Besserung befindliche Lage vielleicht verschlechtern würde.

Der chinesische Vertreter Sze behauptete, China habe sich den Empfehlungen des Rates gefügt, während Japan noch immer beträchtliche Teile der Mandchurei besetzt halte. Der Völkerbund müsse verlangen, daß der status quo wiederhergestellt würde, und es müsse eine vom Völkerbundsrat ernannte Kommission über die Ausführung dieser Maßnahmen wachen. Japan würde sich in Gegensatz zu den Bestimmungen des Völkerbundsvertrages setzen, wenn es einer solchen Forderung nicht nachkomme. China lehne direkte Verhandlungen mit Japan ab, so lange die Besetzung chinesischen Gebietes andauere.

Der Ratspräsident gab schließlich die Grundzüge einer Entschließung bekannt, die er in einer der nächsten Sitzungen vorschlagen werde. Der Rat werde es für erwünscht halten, über die von beiden Parteien getroffenen Maßnahmen auf dem Laufenden gehalten zu werden; damit könne die Angelegenheit veriaht werden.

Zum Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin.

Paris. Die Reisen nach Berlin und Washington sind jetzt in Paris der Ausgangspunkt für alle politischen Erörterungen. Sogar die englische Krise und die Kämpfe in der Mandchurei werden in den Zeitungen nicht mit dem gleichen Interesse besprochen.

Für die Reise nach Berlin haben zwei Ereignisse als gute Vorbereitung gewirkt: Die Erklärungen des Postkassiers Francois-Poncet vor der Presse und die heute früh veröffentlichte Nachricht, daß Laval und Briand vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen werden sollen.

Dieser Empfang erfolgt, wie hier erzählt wird, auf den besonderen Wunsch der französischen Minister, die sich nicht mit der von der Etikette verlangten Abgabe von Karten begnügen wollten, sondern es für richtig hielten, dem greisen Präsidenten der Deutschen Republik persönlich ihre Aufwartung zu machen. Das "Journal" schreibt darüber: "Man muß den französischen Ministern zu ihrem Gedanken Glück wünschen. Der Marschall von Hindenburg ist unseren Diplomaten gegenüber immer fortreff und höflich gewesen; es entspricht der französischen Tradition, dem deutschen Staatsoberhaupt die Achtung zu bezugehen, welche die Persönlichkeit des Marschalls von Hindenburg verdient."

Zu Laval's und Briand's Besuch bei Hindenburg.

Wie schon mitgeteilt wurde, werden Laval und Briand während ihrer Anwesenheit in Berlin dem Reichspräsidenten von Hindenburg einen Besuch abstatten. Sie haben den Wunsch geäußert, von dem Reichspräsidenten empfangen zu werden, und in den Unterhaltungen, die der neue französische

Postkassier Francois-Poncet unmittelbar nach seiner Ankunft mit Brüning und dem Staatssekretär von Bülow hatte, ist selbstverständlich der Besuch sofort vereinbart worden. Der Wunsch Laval's und Briand's, den Reichspräsidenten aufzusuchen, hat unverkennbar eine politische Bedeutung. Der deutsche Reichskanzler und der Reichsaußenminister haben während ihres Aufenthaltes in Paris sich damit begnügt, bei dem Präsidenten der Republik ihre Karten abzugeben, da sie nur zu Besprechungen mit dem französischen Ministerpräsidenten und den Mitgliedern der Regierung nach Paris gekommen waren. Laval und Briand wollen betonen, daß die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen über das erste Stadium hinausgegangen ist, und der Besuch bei Hindenburg ist offenbar als ein Zeichen ihrer politischen Gesamtaufassung und als ein Schritt vorwärts gedacht. Sie haben sich nicht an das Zeremoniell halten wollen, das ihnen in Berlin die gleiche Besuchordnung auferlegt hätte, die beim Aufenthalt der deutschen Staatsmänner in Paris in Anwendung kam. Es ist anzunehmen, daß der Empfang bei Hindenburg am Montag stattfinden wird.

Die Heileiter der französischen Staatsmänner.

Paris. Mit dem Auge, mit dem Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand heute um 14.25 Uhr Paris verlassen, werden auch 22 Pressevertreter fahren. Für die Minister und ihr Gefolge sind zwei Wagen vorgesehen. Es werden u. a. der Generalsekretär des Außenministeriums, Philippe Berthelot, der Kabinettschef Briand's Lager und der Kabinettschef Laval's, Monier, ferner Prof. Debnard fahren, der seit Jahren als Dolmetscher Briand's tätig ist.

Heute Daueritzungen des Reichskabinetts.

Abtrennung der Wirtschaftfragen vom Herbstprogramm.

Berlin. (Funkpruch.) Das Reichskabinet hat seine Beratungen über das Herbstprogramm heute vormittag wieder aufgenommen. Es ist beabsichtigt, die Verhandlungen auch heute nachmittag weiter zu führen und schließlich noch heute abend eine Besprechung über die letzten Vorbereitungen für den Besuch der französischen Minister abzuhalten. Sie sind im wesentlichen, soweit es sich um das äußere Programm handelt, fertig. Aber es liegt auf der Hand, daß der Kanzler sich mit seinen Mitarbeitern auch noch einmal über die Gesprächsgegenstände unterhalten möchte.

Was das Herbstprogramm anlangt, so haben die bisherigen Beratungen gezeigt, daß es nicht in einem Zuge durchzuführen ist. Der Kanzler hat in seiner gestrigen Rede bei der Geburtstagsfeier für Geheimrat Dulsberg ja auf die Bedeutung hingewiesen, die die Entwicklung der Pfundbewegung auch für Deutschland hat. In der Tat haben sich bereits sehr schwerwiegende Auswirkungen namentlich für den deutschen Kohlenbergbau und die Schifffahrt gezeigt und Vertreter beider Wirtschaftszweige sind in den letzten

Tagen bereits bei den maßgeblichen Stellen in Berlin vorstellig geworden, um sie über die hier drohenden Gefahren im einzelnen zu unterrichten. Unter diesen Umständen wird der Hinweis des Kanzlers in unterrichteten Kreisen so verstanden, daß die wirtschaftspolitischen Probleme von dem Herbstprogramm zunächst abgetrennt und erst Ende Oktober gelöst werden sollen, so daß die für die nächste Woche erwartete Notverordnung sich also auf die finanzpolitischen Fragen beschränken wird.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist übrigens festzustellen, daß der Kanzler mit den von ihm angekündigten weittragenden Schritten nur Maßnahmen gemeint hat, die sich in der Richtung einer weiteren konsensuellen Deflation bewegen. Sobald sich die Bewegung des Kurfes übersehen läßt, wird man erwägen, wie weit durch tarif- und handelspolitische Maßnahmen der deutschen Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit gegeben werden kann, sich der verhärteten englischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt anzupassen.

Zusammentritt der Länderkonferenz.

Berlin. (Funkpruch.) Die angekündigte Konferenz der Innenminister der Länder ist heute vormittag im Reichsministerium des Innern zusammengetreten, um in erster Linie innerpolitische Fragen, insbesondere Fragen der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung zu besprechen. An der Konferenz nehmen insgesamt 30 bis 35 Ländervertreter teil. U. a. sind erschienen für Preußen Innenminister Severing, für Bayern Minister Stängel, für Württemberg Minister Holz, für Baden Minister Meyer, für Sachsen Minister Dr. Richter, für Hessen Minister Leuschner, für Braunschweig ist durch seinen Gesandten Exz. Boden vertreten.

Die heutige Völkerbundsversammlung.

Genf. (Funkpruch.) Die Völkerbundsversammlung, deren Arbeiten am Montag beendet werden sollen, hat heute vormittag eine Reihe weiterer Entschlüsse ihrer Ausschüsse angenommen. Der Entschlußentwurf über die Staatsangehörigkeit der verheirateten Frauen, der eine

neue Befragung der Regierungen vorseht, führte zu einer Debatte, in der die englische Delegierte Miss Littleton den extremsten Standpunkt einnahm; nach ihr sprachen Vertreterinnen von Chile, Spanien, Australien und Holland.

Ohne Aussprache wurde der Bericht des Wirtschaftsausschusses über die finanziellen Arbeiten des Völkerbundes angenommen, der u. a. — einem deutschen Antrag folgend — die baldige Prüfung des sogenannten Franco-Panama über die Organisierung lang- und mittelfristiger Anleihen vorzieht. Ueber die Frage der rückständigen Beiträge der Mitgliedstaaten zu den Kosten des Völkerbundes berätete der schweizerische Delegierte, Professor Rappra, der lediglich feststellte, daß sich die Zahl der im Rückstand gebliebenen Staaten, die im vorigen Jahr 10 betrug, in diesem Jahr auf 14 erhöht habe. Darunter seien acht Staaten, die seit zwei oder mehr Jahren keine Beiträge geleistet haben. Insgesamt geschuldet werden 14 Millionen Franken. Europäische Staaten befänden sich nicht unter den säumigen Zahlern.

Schließlich wurde auf Grund des Berichtes des spanischen Delegierten Di Madariaga das Abkommen über die Verstärkung der kriegsverhütenden Mittel einstimmig angenommen und sogleich zur Unterzeichnung im Völkerbundssekretariat aufgelegt.